

Presseinformation 34/2023

Booster für Klimamaßnahmen gefordert

Nach dem letztjährigen Osterpaket kommt in diesem Jahr das Solarpaket 1. Die Bundesregierung macht Druck beim Ausbau der Solarenergie. Der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz begrüßt diese Aktivitäten. Nach dem schlechten Urteil des Expertenrates für Klimaschutz und den Blockaden bei der Wärmewende beim Gebäudeenergiegesetz muss jetzt der Ausbau der Erneuerbaren Energien forciert werden.

Die Bundesrepublik kann die im Klimagesetz festgelegten Klimaziele nicht einhalten. Mit den derzeit geltenden klimapolitischen Maßnahmen lässt sich die bestehende Emissionslücke zum Klimaziel für 2030 nur zu 70 Prozent schließen, bestätigt das Bundesumweltamt. Die mangelnde Bereitschaft im Verkehrssektor umzusteuern und das Aufschieben der dringend erforderlichen Wärmewende im Gebäudebereich seien für Deutschland ein klimapolitisches Armutszeugnis, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt in Rheinland-Pfalz. Die globale Klimakrise nehme keine Rücksicht auf die kleinkarierten deutschen Befindlichkeiten. Die extremen Wetterlagen in diesem Jahr seien erste Vorboten für den Klimawandel und dem Erreichen von unumkehrbaren Kippunkten im Klimasystem der Erde.

Mit einer Beschleunigung beim Ausbau Erneuerbarer Energien können die Preise für Energie weiter fallen. Erleichterungen bei Balkonsolaranlagen, bei Agri-PV und Parkplatz-PV, bei Mieterstrom und Gemeinschaftssolaranlagen wie im Solarpaket 1 seien dringend geboten. Weitere Entbürokratisierungen müssten bereits jetzt für ein weiteres Solarpaket geschnürt werden. So sei wenig nachvollziehbar, dass die Bundesflächen an und über Autobahnen immer noch nicht für Solaranlagen genutzt werden.

Auch an die Landesregierung gewendet, fordern die Verbände weitere unterstützende Maßnahmen. So sei eine Korrektur des Landessolargesetzes im Bereich der Bestandsgebäuden sowie im Bestand und beim Neubau von versiegelten Flächen, wie bei Parkplätzen erforderlich. Nach wie vor gäbe es im Land so gut wie keine Agri-PV Projekte. Die Blockade der Landwirtschaftsverbände müsse beendet werden. Neue kostengünstige Speicherformen wie Salz- oder Sandspeicher sollten in Modellprojekten gefördert werden, so die Verbände abschließend.